

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

B 164 Erneuerung Instruktionsgebäude und Ersatzneubau Verwaltungsgebäude des Ausbildungszentrums Sempach; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring.

Laura Spring: Das Instruktionsgebäude des Zivilschutzes im Ausbildungszentrum Sempach soll erneuert und das Verwaltungsgebäude durch einen Neubau ersetzt werden. Dadurch erhält der Zivilschutz eine moderne und bedarfsgerechte Infrastruktur für Ausbildung und Einsatz. Das Areal soll zu einem Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz ausgebaut werden. Die aktuellen und künftigen Herausforderungen im Zivil- und insbesondere im Bevölkerungsschutz erfordern eine moderne bauliche Infrastruktur für die Ausbildung und den Einsatz- und Führungsstandort. Das Instruktionsgebäude soll umfassend erneuert und an die Anforderungen an einen zeitgemässen Unterricht angepasst werden. Die Räumlichkeiten werden zudem als Standort für den Kantonalen Führungsstab genutzt. Mit Rochaden werden im Instruktionsgebäude Lagerkapazitäten für Einsatzmaterial geschaffen. Das für die Nutzung ungeeignete Verwaltungsgebäude, der «Pavillon» und die technische «Ausbildungsbaracke» sollen abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden. Mit dem Ersatzneubau werden Synergien ermöglicht und die Voraussetzung für einen effizienten Verwaltungs- und Ausbildungsbetrieb geschaffen. Das Areal soll mittel- und langfristig zu einem Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz ausgebaut werden. Für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes ist ein Sonderkredit von 30,3 Millionen Franken erforderlich. Das Vorhaben unterliegt der Volksabstimmung. Die VBK hatte an der Sitzung vom 25. August 2023 anlässlich der Information über die Botschaft die Möglichkeit, einige offene Fragen zu klären. Die Vorlage wurde an der VBK-Sitzung vom 23. September 2023 beraten. Für die Beratung lagen der VBK zudem ein Mitbericht der Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) sowie zusätzliche Informationen und Zahlen aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) vor. In ihrem Mitbericht unterstützt die JSK das Projekt für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes des Ausbildungszentrums Sempach und empfiehlt es zur Annahme. Die VBK stimmte dem Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes des Ausbildungszentrums Sempach grossmehrheitlich zu, dies nach intensiver Diskussion. Die VBK betont die Wichtigkeit der Aufgaben des Zivilschutzes bei Grossereignissen und erachtet das Projekt daher als nötig. Der Standort Allmend Sempach wird als zweckmässig erachtet, wobei die Erschliessung – vor allem mit dem öffentlichen Verkehr – noch verbesserungsfähig

ist. Vereinzelt wurde die Höhe der Investitionen kritisch hinterfragt. Diese rechtfertigen sich aber im Hinblick auf die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Das von der VBK geforderte Mobilitätskonzept konnte noch nicht nachgereicht werden. Der Regierungsrat begründete dies damit, dass die Gemeinde Sempach noch damit beschäftigt ist festzulegen, wie das betroffene Arbeitsgebiet erschlossen werden kann. Erst wenn diese Entscheidungen gefällt worden sind, kann ein Mobilitätskonzept erstellt werden. Ich bitte Sie, der VBK zu folgen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Roger Zurbriggen.

Roger Zurbriggen: Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr grossmehrheitlich zu. Die Kernaufgaben des Zivilschutzes sind der Schutz und die Rettung der Bevölkerung in Bedrohungslagen. Die Herausforderungen dazu sind vielfältig und werden im Zusammenhang mit der Zunahme von Krisenereignissen in Zahl und Ausmass grösser und komplexer – das ist unbestritten. Das Zivilschutzzentrum dient der Durchführung von kantonalen, interkantonalen und nationalen Kursen, es steht aber auch den Partnerorganisationen wie Polizei und Feuerwehr sowie den Rettungsdiensten für deren Ausbildung und als Einsatzzentrale im Ereignisfall zur Verfügung. Der Standort auf der Sempacher Allmend hat sich bislang in vielerlei Hinsicht bewährt. Was die Erreichbarkeit mit dem öV betrifft, ist zudem geplant, die entsprechenden Buslinien auszuarbeiten. Was uns jedoch stört, ist die zu gross bemessene Dimensionierung. Daraus ergeben sich deutlich zu hohe Kosten. Uns ist es bewusst, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine diesbezügliche Korrektur nicht ohne Rückweisung geschehen könnte. Eine Rückweisung kommt für uns aber nicht infrage, zumal das Geschäft vor langer Zeit bereits einmal zurückgewiesen wurde sowie die Notwendigkeit einer Erneuerung in keiner Weise umstritten ist und diese endlich umgesetzt werden soll. Wir haben uns jedoch überlegt, wie wir in Zukunft eine solche Situation verhindern können, wenn der Kostenrahmen zu gross ist, jedoch eine Rückweisung aus anderen Gründen nicht infrage kommt. Wir machen dazu einen Vorschlag über einen Vorstoss der VBK. Dieser hat zum Ziel, dass einer zuständigen Fachkommission ein Projektkonzept unterbreitet wird, bevor es vom fachlich zuständigen Departement ins Finanzdepartement geht, wo die Projektkosten im Rahmen einer Botschaft ausgearbeitet werden. Mit anderen Worten soll die Fachkommission Einsicht ins Raumprogramm erhalten, um zu erfahren, wie Grossprojekte, die letztlich einer Volkabstimmung unterliegen, dimensioniert sind. Die Fachkommission will Anmerkungen in die Ausarbeitung einer Botschaft mitgeben können, damit die Chancen bei der Volksabstimmung schlussendlich intakt bleiben. Beim Postulat P 1098 geht es übrigens im Prinzip um dasselbe. Eine Auslegeordnung von Projektvarianten des neuen Sicherheitszentrums in Rothenburg und deren Kosten-Nutzen-Struktur in der Botschaft hilft letztlich auch dem 30-Millionen-Franken-Vorhaben, vor dem Volk bestehen zu können.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Nach über 50 Jahren intensiven Betriebs sind die Anlagen und die Gebäude des Ausbildungszentrums Sempach in die Jahre gekommen. Es muss auch gesagt werden, dass die bisherigen Unterhaltsarbeiten sehr sparsam betrieben wurden, jetzt aber der Zeitpunkt gekommen ist, an dem eine Sanierung und Modernisierung unbedingt notwendig sind. Die Investitionskosten für den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes und die Sanierung des Instruktionsgebäudes sind mit 37,8 Millionen Franken sehr hoch. Der Kanton müsste sich deshalb schon überlegen, ob er es sich leisten kann, bei jedem Gebäude jedes Mal einige Millionen Franken zusätzlich für einen maximierten Klimaschutz zu verbauen. Der Kanton Luzern benötigt jedoch unbedingt ein Kompetenzzentrum für die moderne Schulung für den Zivil- und Bevölkerungsschutz. Insbesondere der Technologiewandel führt dazu, dass neue

Kompetenzen erarbeitet werden müssen, wie beispielsweise die Bergung und Löschung von Elektrofahrzeugen oder der Umgang mit Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen). Es ist logisch, dass auch die Büro- und Verwaltungsräumlichkeiten erneuert werden müssen. Auch genügend gedeckte Parkplätze sprechen für eine weitsichtige Planung.

Für die FDP-Fraktion spricht Martin Birrer.

Martin Birrer: Das Ausbildungszentrum in Sempach muss erneuert werden. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu – Punkt und fertig. Viel länger sollte mein Votum nicht werden, doch erlauben Sie mir doch noch einige Inputs. Wie kann es dazu kommen, dass man bewusst oder unbewusst vergisst, in kantonseigene Bauten zu investieren und sie zu erhalten? 30 Millionen Franken sollen nun in ein Kompetenzzentrum investiert werden, eine Zahl, die man in den vergangenen Jahren in der Immobilienstrategie vergeblich gesucht hat. Auch die Ausstattung des neuen Zentrums wirft Fragen auf: Brauchen wir ein Hotel in Sempach, brauchen wir eine spezielle Wäscherei, und ist es wirklich so, dass die Baukosten infolge der verabschiedeten Klimastrategie viel höher ausfallen? Zudem ist es sicherlich nicht ideal, dass das Mobilitätskonzept scheinbar erst am Entstehen ist. Die Antworten auf diese Fragen haben wir erhalten und zur Kenntnis genommen. Deshalb stimmen wir der Vorlage mit einem Murren zu. Dennoch hoffen wir, dass zukünftige Projekte, wie zum Beispiel das Sicherheitszentrum in Rothenburg, früher und genauer kommuniziert werden.

Für die SP-Fraktion spricht Hasan Candan.

Hasan Candan: Das heutige Instruktionsgebäude sowie das Verwaltungsgebäude für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sind mehr als 50-jährig und müssen erneuert respektive durch einen Neubau ersetzt werden. Mittel- und langfristig soll ein Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz aufgebaut werden. Mit dem vorliegenden Projekt soll eine zeitgemässe und moderne Infrastruktur für den Zivil- und Bevölkerungsschutz im Kanton Luzern sichergestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 30,3 Millionen Franken. Die Vorlage unterliegt einer Volksabstimmung. Die SP-Fraktion steht dem Projekt grossmehrheitlich positiv gegenüber. Insbesondere begrüssen wir die Aufwertung und Neugestaltung der Aussenräume, die hohe Energieeffizienz und eine maximale Installation der möglichen PV-Anlagen auf den Dächern und an den Fassaden. Ebenso entscheidend ist die Schaffung einer zeitgemässen und modernen Infrastruktur, insbesondere Ausbildungs- und Unterrichtsräume für den Zivil- und Bevölkerungsschutz. Das Projekt hat aber einen wesentlichen Mangel: die Erschliessung und die Erreichbarkeit. Das vorliegende Projekt will so gar nicht in die kantonale Gesamtimmobilienstrategie passen. Wir bauen ein neues Verwaltungsgebäude und ein neues Sicherheitszentrum in unmittelbarer Nähe von Bahnhaltstellen, wobei wir hohe Ansprüche an die Erreichung unserer Mobilitäts-, Klima- und Nachhaltigkeitsziele stellen. Bei dem nun vorliegenden Projekt wird eine neue Anlage für den Zivil- und Bevölkerungsschutz auf einem Areal erstellt, welches nicht einmal mit dem öV erreichbar ist und diesbezüglich überhaupt nicht den zukünftigen Ansprüchen und unseren Zielen entspricht. Dieses Ausbildungsangebot ist nicht nur für die Luzerner Zivilschutzorganisationen, sondern wird auch von umliegenden Kantonen in Anspruch genommen. Die Klientel des Ausbildungszentrums stammt nicht nur aus dem Kanton Luzern, sondern auch aus den verschiedenen angrenzenden Kantonen. Aus Sicht der SP-Fraktion müssen bei einer Realisierung des Projektes die Erschliessung und Erreichbarkeit mit dem öV verbessert und das Projekt muss in das regionale und überregionale Mobilitätskonzept integriert werden. Hier muss die Regierung unbedingt nachbessern. Wir messen einem effektiven Zivil- und Bevölkerungsschutz von hoher Qualität eine hohe Bedeutung zu. Daher überwiegen für die SP-Fraktion die positiven Aspekte des Projektes, und wir gewichten diese

höher als die negativen Aspekte der Erschliessung und Erreichbarkeit. Wir treten deshalb auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Gian Waldvogel.

Gian Waldvogel: Das Instruktionsgebäude des Zivilschutzes im Ausbildungszentrum Sempach soll erneuert und das Verwaltungsgebäude durch einen Neubau ersetzt werden. Umweltkatastrophen und Extremereignisse generell nehmen mit der sich verschärfenden Klimakrise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu. Die Weiterentwicklung dieser Infrastruktur ist eine wichtige Investition in die Krisenfestigkeit unseres Kantons. Für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes ist ein Sonderkredit von 30,3 Millionen Franken erforderlich. Die Gebäude sind veraltet und befinden sich seit Jahren in einem schlechten Zustand. Die Notwendigkeit der Erneuerung ist für die Grüne Fraktion nachvollziehbar. Wir begrüssen ausdrücklich den energetisch hohen Ausbaustandard, der ja auch von diesem Rat so in Auftrag gegeben wurde. Der Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes soll die Anforderungen des Baustandards Minergie-P-Eco erfüllen. Das Gebäude erhält eine beinahe unabhängige Energieversorgung. Das Verwaltungsgebäude wird wie aufgezeigt ab dem Erdgeschoss in Holzbauweise erstellt. Auch die Prüfung für PV-Anlagen an der Fassade ist richtig. Das sind werthaltige Investitionen in einen zukunftsfähigen Kanton im Einklang mit der Klima- und Energiestrategie. Zwei Aspekte des Projektes kritisieren wir: Einerseits fehlt ein Mobilitätskonzept; es ist ärgerlich und eigentlich auch inakzeptabel, dass dieses bis jetzt nicht vorliegt. Wir erwarten auch im Kontext der Mobilitätsstrategie der Regierung für kantonale Infrastrukturen standardmässig ein solches Konzept. Es ist unzureichend, dass erst mit dem späteren Ausbau des Areals eine neue Zufahrtsstrasse geplant ist, welche die öV-Anbindung des Gebiets sicherstellen soll. Es gilt den Verkehr konsequent zu verlagern und den motorisierten Individualverkehr (MIV) soweit als möglich zu reduzieren. Man darf sich also fragen, warum man sich für einen Ort ohne jegliche öV-Anbindung entschieden hat. Andererseits ist die bauliche Infrastruktur des Ausbildungszentrums Sempach aus dem Jahr 1971 in einem unhaltbar schlechten Zustand. Seit 2007 wurde nicht mehr in die Erneuerung der Gebäude investiert, das ist aus unserer Sicht unbefriedigend. Die Werterhaltung der kantonalen Immobilien hat aus unserer Sicht erste Priorität. Einerseits ist es viel nachhaltiger, bestehende Bauten zu unterhalten und zu sanieren, statt Ersatzneubauten zu realisieren, wie es nun notwendig ist. Andererseits ist ein stetiger Unterhalt auch wirtschaftlicher, wie wir anhand der Geschichte des Ausbildungszentrums Sempach nun sehen. Tragen wir also Sorge zu bestehenden Infrastrukturen, so bleiben Unterhalt und Sanierungsprojekte letztlich viel günstiger. Umso kritischer ist es, dass wir mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) bei der Werterhaltung massive Kürzungen planen. Das ist eine völlig unwirtschaftliche und unsinnige Sparmassnahme. Die Grüne Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Franziska Rölli.

Franziska Rölli: Das geplante Verwaltungsgebäude bietet attraktive Arbeitsplätze für die Verwaltung sowie moderne Klassenzimmer und Verpflegungs- und Übernachtungsmöglichkeiten für die Kursteilnehmenden. Im Vergleich dazu sind die aktuellen Gebäude in einem schlechten Zustand, insbesondere die sanitären Anlagen. Die Raumaufteilung des Verwaltungsgebäudes ist nicht mehr zweckmässig. Die GLP-Fraktion sieht den Bedarf an zeitgemässer Infrastruktur für die Ausbildung von Zivilschutzleistenden. Ein attraktiver Ausbildungsort kann auch zur Attraktivierung des Zivilschutzes beitragen. Daneben sehen wir die Wichtigkeit, dass die Anlagen auch zur Ausbildung von Feuerwehr und weiteren Blaulichtorganisationen zur Verfügung stehen. Insbesondere das auf dem Areal befindliche Brandhaus und die Trümmerpiste sind für diese Ausbildungen sehr wichtig und

könnten nur mit grossem Aufwand an einem neuen Ort neu erstellt werden. Aus diesem Grund ist es mit einer Verschiebung der Erneuerung des Ausbildungszentrums nicht möglich, zusammen mit dem Sicherheitszentrum Rothenburg oder mit der Polizeischule Hitzkirch Synergien zu nutzen. Wir anerkennen, dass die bestehenden Verwaltungs- und Instruktionsgebäude den Anforderungen an den Betrieb nicht mehr genügen und am bestehenden Ort neu erstellt respektive saniert werden sollen. Aus unserer Sicht wurde im Bauprojekt ein sehr umfangreicher Anforderungskatalog erfüllt. Das führt zu frei bestimmbar Ausgaben für das Projekt von 30,3 Millionen Franken. Dazu kommen bei der Sanierung des Instruktionsgebäudes gebundene Ausgaben von 7,5 Millionen Franken. Hier hätten wir uns eine bessere Priorisierung gewünscht, um die Kosten zu senken. Hingegen begrüßen wir es, wie der Anforderungskatalog umgesetzt worden ist, insbesondere bezüglich der CO₂-bewussten und energiesparenden Bauweise. Dadurch können die Betriebskosten langfristig gesenkt werden. Wichtig ist für uns, dass im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens wie angekündigt ein Mobilitätskonzept ausgearbeitet wird, damit die Verträglichkeit des entstehenden Verkehrs weiter verbessert werden kann. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu, wenn auch mit einem etwas flauen Gefühl aufgrund der hohen Kosten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Grösse des neu geplanten Gebäudes wurde angesprochen. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass das Volumen des bestehenden Gebäudes nicht nur das heutige Verwaltungsgebäude ersetzt, sondern auch Provisorien auf dem Areal, die abgebrochen werden. Somit wird das Grundstück für zusätzliche Nutzungen frei. Das zukünftige Volumen ist verglichen mit dem Volumen sämtlicher zu ersetzender Gebäude durchaus in einem verträglichen Mass. Das Gebäude wird einerseits aufgrund des Zustands ersetzt, andererseits aber auch, weil es nicht mehr im ursprünglichen Sinn genutzt wird und die Raumstruktur deshalb nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspricht. Wieso wurden die Sanierungen vernachlässigt? Jene unter Ihnen, die schon länger die Frage zu dieser Immobilie in Sempach mitverfolgen, wissen, dass diese einmal als Standort für das Sicherheitsgebäude in Diskussion stand. Danach hat man sich gefragt, wie das Grundstück langfristig genutzt werden soll, und man hat mit der Möglichkeit des Zukaufs eines weiteren Grundstücks den Entscheid gefällt, die Weiterentwicklung für den Zivilschutz und weitere Organisationen langfristig zu planen. Es ist nachvollziehbar, dass der Unterhalt bei einer unsicheren langfristigen Nutzung bewusst etwas vernachlässigt wurde, weil wir nicht in eine Immobilie investieren wollten, deren Zukunft unsicher ist. Bei der Erschliessung sind wir auf die Entscheide der Gemeinde angewiesen. Wir erarbeiten das Konzept, wenn wir wissen, wie das ganze Arbeitsgebiet langfristig erschlossen werden soll. Es geht ja nicht nur um unser Gebäude. Zur Frage bezüglich öV: Für einen öV-Betrieb muss eine gewisse Personenfrequenz vorhanden sein, sonst ist dieser weder sinnvoll noch wirtschaftlich. Personen, die zu Ausbildungstagen nach Sempach kommen, werden mit einem Shuttlebus beim Bahnhof abgeholt. Ein Wort zu den Investitionskosten in die Nachhaltigkeit: Einerseits erlaube ich mir, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie im Rahmen der Diskussion zum Planungsbericht eine klare Bemerkung für die Vorbildfunktion des Kantons überwiesen haben. Diese ist leider nicht zum Nulltarif zu haben. Zudem macht mich der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor immer wieder darauf aufmerksam, dass sich die hohen Investitionskosten in die Nachhaltigkeit durch tiefere Betriebskosten durchaus rechtfertigen. Wenn Sie eine Vorbildfunktion des Kantons wollen, ist diese mit Kosten verbunden. Ich glaube aber, dass auch private Bauherren heute bei einem Neubau so vorgehen. Wir sind zuversichtlich, dass wir die Betriebskosten zukünftig tiefer halten können.

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsident Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Die JSK hat mir an ihrer Sitzung vom 22. September 2023 einstimmig den Auftrag erteilt, zu diesem Geschäft Stellung zu nehmen. Unsere Kommission hatte – im Gegensatz zur federführenden VBK – die Gelegenheit, am 25. August 2023 eine Sitzung in den Räumen des Zivilschutzausbildungszentrums Sempach abzuhalten. Im Rahmen dieser Sitzung konnten sich die Mitglieder der JSK ein Bild von der aktuellen Infrastruktur machen. Dieser Eindruck wurde ergänzt durch Ausführungen des damaligen Leiters des Zivilschutzes, Daniel Enzler, und der designierten neuen Leiterin, Rita Zibung, die seit dem 1. Oktober 2023 den Zivilschutz leitet, sowie Gregor Bättig, Leiter der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug. Aufgrund dieser Informationen ist die JSK einstimmig zum Schluss gelangt, einen Mitbericht an die federführende VBK zu erstellen. Der Kommission geht es dabei darum, ihre Sicht und nicht jene der VBK als bausachverständige Kommission zur Kenntnis zu bringen. Der Stellenwert und die Wichtigkeit des Zivilschutzes für die Luzerner Bevölkerung ist für die JSK elementar. Die aktuellen räumlichen Infrastrukturen entsprechen nach Meinung der JSK nicht mehr den geforderten Ansprüchen. Diese Infrastruktur muss insbesondere für die Zukunft auf eine Basis gestellt werden, welche den Auftrag und die Entwicklung des Zivilschutzes sicherstellt. Aus Sicht der JSK wird durch das geplante Projekt genau das erreicht. Der Sanierungsbedarf ist vor allem, aber nicht nur im Bereich der sanitären Anlagen offensichtlich und erscheint mindestens dringlich. Die Anlagen müssen zudem gendergerecht ausgestaltet werden. Die JSK unterstützt den Standort Sempach. Die Anbindung an den öV soll geprüft und nach Möglichkeit verbessert werden. Aus Sicht der JSK sind Verzögerungen beim Projekt zu verhindern. Die JSK unterstützt das Projekt und beantragt unserem Rat, den Sonderkredit zu bewilligen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Erneuerung des Instruktionsgebäudes und den Ersatzneubau des Verwaltungsgebäudes des Ausbildungszentrums Sempach, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 102 zu 1 Stimme zu.